

Erneuerung der Marktwirtschaft durch Bürgergeld?

Zu den Vorstellungen
von Dieter Althaus

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Warum Interesse an Bürgergeld, Grundeinkommen etc.

- Krise der Stabilität
- Finanzkrise
- Legitimationskrise der wirtschaftlichen und politischen Eliten
- Ideologisch-kulturelle Krise

Es geht um einen gesellschaftskonzeptionellen Entwurf – eine „andere Marktwirtschaft“

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Die Überschrift ist wichtig – geht nicht darum, soziale Probleme zu lösen, sondern das System durch substanzielle Veränderungen zu stabilisieren. Dieser Aspekt ist wichtig, da er die Einordnung der vorgeschlagenen Veränderungen von Elementen sozialer Sicherung als gesellschaftskonzeptionelle Entwürfe setzt. Dies ist nicht zuletzt entscheidend für die Ebene der Auseinandersetzung und Polemik: ein oft gebrauchter Trick besteht ja darin, selbst gesellschaftskonzeptionelle Entwürfe in die Welt zu setzen und dann Gegenargumente auf der Ebene des verwaltungs- oder finanztechnischen zu behandeln. Wenn es um eine „andere Marktwirtschaft“ geht, dann kann das Konzept auch nicht außerhalb weitergehender und anderer Konzepte verstanden werden. Der Vorschlag setzt an einigen realen Schwächen des bestehenden Systems an, so etwa an dem Problem des Ausschlusses bestimmter Kreise aus dem Leistungsbezug, an die erlebte Bürokratie, an die zu geringe Leistungshöhe.

Legitimationskrise ist hier auch und vor allem als Krise der Ideologie zu sehen. Die offensichtliche Unmöglichkeit und Unfähigkeit, in einer humanen Form neuen Bedingungen zu begegnen stellt auch die grundsätzliche Fähigkeit der herrschenden Eliten Gesellschaft in ALLEN Teilen zu gestalten in Frage. Insofern ist die Krise in der Sozialpolitik bzw. deren tatsächliche oder scheinbare Überwindung zentral – sie liegt den Lebensverhältnissen der Menschen am nächsten, sie muss im täglichen Leben erlebt und gelebt werden.

Das Spezifische bei Althaus ist, dass die Hintergründe der Krise selbst nicht mehr thematisiert wird. Während die meisten PolitikerInnen die Zwänge der Globalisierung im Munde führen, vermeidet es Althaus, diese Frage in den Mittelpunkt zu stellen. Er spricht auch nicht vordergründig von Werten. Der Ansatz präsentiert sich pragmatisch, Interessen verschwinden.

So problematisch die einseitige Hervorkehrung der Globalisierung als Ursache aller Übel ist, so verdächtig ist es, wenn sie überhaupt nicht benannt wird. Tatsächlich ist Globalisierung gleichermaßen Ausdruck der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, damit eine wichtige Quelle der Entfaltung der schöpferischen Potenziale der Menschen (freilich deformiert durch die kapitalistische Form), wie auch einer Politik, die diese neue Stufe internationaler Verflechtungen nutzt, um die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen großen und kleinen Kapitalen grundlegend zu verschieben.

Reale Probleme, an die das Konzept anknüpft

- Ausschluss bestimmter Gruppen aus dem Leistungsbezug
- Erlebte Bürokratie und direkte Repression
- Unzureichende Leistungshöhe
- Versagen der Selbstverwaltung als politischer Faktor

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Geschichte des Vorschlages

- „Mütter-Bodenrente“ sowie andere geldkritische und anthroposophische Ansätze
- Negative Einkommensteuer (Milton Friedman)
- Workfare-Konzept in den USA
- Existenzgeld/bedingungsloses Grundeinkommen
- Bürgergeld
 - Joachim Mitschke seit Anfang der 90er (um 2000 Studie für die Friedrich-Naumann-Stiftung)
 - ders. im Zukunftsbericht der FES von 1998

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Die Diskussionen und Begriffe überlagern sich vielfach und werden auch z.T. synonym gebraucht.

Der erkenntnistheoretische und politische Hintergrund liegt ursprünglich eher im kleinbürgerlich-romantischen Raum (Gesell, Steiner), wird dann kompatibel zu einer Umdeutung von Individualität als „UnternehmerIn der eignen Arbeitskraft“ im Zuge neoliberalen Umbaus. Dies ist insoweit wichtig, als dass die Auffassungen Gesells und Steiners in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung Aufnahme und Akzeptanz finden. Tauschringe etwa stützen sich auf diese Theorielinie, genauso wie Forderungen nach Zinsverbot oder das von J. Heinrich für die Humanistische Partei entwickelte, stark korporatistische Konzept sozialer Stabilisierung. Alle diese kleinbürgerlich geprägten Vorstellungen trennen das Soziale vom Wirtschaftlichen bzw. fordern diese Trennung. Nur dadurch sei ein nachhaltiger Schutz des Sozialen möglich.

Diese scheinbare Trennung von Wirtschaftlichem und Sozialem macht auch die Nähe des Althaus-Konzeptes zu sämtlichen Existenzgeldkonzepten und Konzepten bedingungslosen Grundeinkommens aus. Sie macht diese Konzepte für Dritte schlecht unterscheidbar. Außerdem scheint dieses Prinzip den Veränderungen der Realität zu entsprechen – dem Erleben von Dauer- und Massenarbeitslosigkeit. Die tatsächlichen Wechselwirkungen von Wirtschaft und Sozialem, die wirkenden Interessen, die Nutznießer der geforderten Veränderungen bleiben außerhalb des Blicks. Damit werden wichtige Widersprüche in der Gesellschaft nicht nur entschärft, sondern vor allem verdeckt.

Die Grundannahmen

- Demographische Entwicklung ausschließlich belastend
- Unvermeidbarkeit eines Niedriglohnsektors, der keine existenzsichernden Löhne zahlen kann
- Haushaltskonsolidierung nur als Abbau sozialer Leistungen durchführbar
- Arbeitsanreiz primär aus Geld
- Armut ist ein finanzielles Problem

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Wesentliches Instrument im Werben um Akzeptanz ist die einseitige Herausstellung von Seiten der Entwicklung.

Bezüglich der demographischen Entwicklungen etwa folgt Althaus gängigen Stereotypen – Alter bedeutet mangelnde Leistungsfähigkeit. Weder wird die wachsende Produktivität der Arbeit generell, noch die aus dem demographischen Wandel resultierenden neuen Effektivitätspotenziale berücksichtigt. Gleiches gilt für zu vermutende Veränderungen der Konsumtions-, Lebens- und Arbeitskonzepte. Wenn schon der demographische Wandel als Faktor der Veränderung von Bedingungen sozialer Sicherung beschworen wird, so darf keinesfalls der demographische Wandel in anderen Bereichen außer Acht gelassen werden.

Es liegt ein tiefgehendes wirtschaftliches Interesse vor, dass in die Beziehungen zwischen Unternehmen (vornehmlich Groß- zu Kleinunternehmen, outgesourcte Leistungen usw.) eingreift.

Armut wird in diesem Konzept auf ein finanzielles Problem reduziert. Der sozio-kulturelle Aspekt bleibt unausgesprochen. Mit der fortschreitenden Privatisierung öffentlicher Leistungen hat diese Seite jedoch an Gewicht gewonnen. Die Anti-Privatisierungs-Diskussion wird so in den Hintergrund gedrängt.

Die Intentionen

- Entschärfung von finanziellen Armutslagen
- Indirekte Repression statt Behördenhandeln
- Untergründig an nationalistische Ressentiments anknüpfen
- Fundierung eines Niedriglohnsektors und von Kombilohnmodellen – Öffnung der Lohnskala nach unten, Lohnsubventionierung
- Finanzielle Entlastung GroßverdienerInnen und Unternehmen (abhängig vom Modell)

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Das Bürgergeldkonzept schließt durchaus an eine reale Problemlage an. Dies dürfte nicht zu bestreiten sein. Tatsächlich sind wir mit einer Krise sozialer Sicherung konfrontiert, die die Lebenssituation weiter Teile der Bevölkerung berührt. Darauf müssen die verschiedenen politischen Kräfte reagieren, es geht um eine Neubestimmung von Zielen und Methoden sozialer Sicherung, die den neuen Rahmenbedingungen gerecht werden kann. Diese Bedingungen werden von den unterschiedlichen Interessengruppen tatsächlich unterschiedlich wahrgenommen, entsprechend unterschiedlich fallen die Lösungsvorschläge aus. Insofern haben sozialpolitische Konzepte neben der unmittelbaren problemlösungsorientierten Dimension auch immer eine ideologische Dimension. Dies spielt vor allem dahingehend eine Rolle, wie eben Realität wahrgenommen wird.

Von Seiten der Politik wird diese Situation tendenzieller Verarmung und Verstetigung von Armut als Bedrohung der politischen und sozialen Stabilität wahrgenommen. Die Entschärfung finanzieller Armutslagen erscheint daher durchaus geboten – die Frage ist, wie diese Armutslage definiert wird.

Diese Definition wiederum muss passfähig nicht nur zu anderen Lösungsvorschlägen, sondern auch zu ideologischen Eckwerten bleiben. Eine dieser ideologischen Eckwerte ist die Vorstellung, Lohn sei faktisch beliebig absenkbar, wiederum basierend auf dem Say'schen Axiom, dass jedes Angebot seine Nachfrage, also auch jedes Angebot an Arbeitskraft auch seinen Arbeitsplatz finden könne, wenn der Preis nur realistisch sei.

Dieser Ansatz wiederum konstituiert die konzeptionelle Verbindung von Bürgergeld und Kombilohn – übrigens wird hier die ansonsten abgelehnte staatliche Intervention sogar gefordert – eine Intervention, die in die Lebenswirklichkeit der Betroffenen tief eingreift. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umverteilung hier auch eine zwischen verschiedenen Fraktionen der UnternehmerInnenschaft ist. Den schwächeren Dienstleistern soll eine Möglichkeit geboten werden, den auf sie lastenden Druck (das Outsourcing von Leistungen war ja genau auf die Kostensenkung, egal wie realisiert, gerichtet) an die Beschäftigten weiterzugeben.

Die Intentionen

- Beseitigung bzw. Einschränkung selbstverwalteter Systeme sozialer Sicherung (Entdemokratisierung)
- Aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegenstandslos machen
- Tor zur Privatisierung im Gesundheitswesen und im Rentensystem weiter öffnen

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Um die Akzeptanz dieser Verkopplung zu erzwingen, müssen Institutionen, die auf eine andere Art der Konsensbildung im sozialen Bereich orientiert sind, beseitigt werden. Hinter der Auflösung der (schein)paritätischen Beitragszahlung und deren Ersetzung durch Steuerfinanzierung steht nicht einfach eine Verwaltungsvereinfachung, im gegebenen Rechtsrahmen aber eine völlige Veränderung der Rechtsansprüche. Resultierten diese im Rahmen der sozialen Versicherungssysteme auf einem institutionalisierten Klassenkompromiss, der die gegenseitige Anerkennung als Kontrahenten auf dem Arbeitsmarkt wie auch im politischen Raum einschloss, verschwindet im Bürgergeld eine der Seiten – die durch die Gewerkschaften repräsentierten Beschäftigten. An ihre Stelle tritt der Staat – wer aber beherrscht den Staat? Dem mag entgegengehalten werden, dass es ja auch in anderen Ländern, deren Sozialsysteme auf einem sozialstaatlichen Kompromiss beruhen, steuerfinanzierte Leistungen gäbe. Das ist zweifelsfrei richtig, aber lässt außer acht, dass auch diese das Ergebnis eines Kampfes und einer Kompromissfindung sind. Sie stehen in einem bestimmten politischen Umfeld, das den Charakter dieser steuerfinanzierten Leistungen bestimmt. Das Bürgergeld ist eine einseitige Aufkündigung der Akzeptanz der politischen Konditionen, zu denen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und dann in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg Klassenkompromisse geschlossen wurden. Daran ändert auch nichts, dass die Selbstverwaltung insgesamt nicht explizit zur Disposition gestellt wird – ihre Reduktion auf die Verwaltung von Sparzwängen (so etwa die Intention eines Konzeptes von BdI/BdA (?) zu den Perspektiven der Selbstverwaltung) beseitigt sie in der Substanz.

Politische Handlungsoptionen

- Die Grundannahmen in Frage stellen
- Die Umverteilungsfrage stellen
- Demokratisierung sozialer Sicherung
- Sozial- und Armutsberichterstattung/-konferenzen als Orte öffentlichen Diskurses
- Soziale Grundsicherung als integratives Konzept von Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006

Die Höhe der Leistung bleibt natürlich immer ein entscheidender Aspekt, gleiches gilt für die Art der Finanzierung.

Quellen

- Blaschke, Ronald: Modelle von Grundsicherung und Grundeinkommen im Vergleich; Hrsg. DGB-Bezirk Sachsen/Evangelische Akademie Meißen 2005
- Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit; Frankfurt/Main 2002 – zur negativen Einkommensteuer S. 228ff.
- Hauser, Richard: Ziele und Möglichkeiten einer Sozialen Grundsicherung; Baden-Baden 1996
- Kommission Bürgergeld/Negative Einkommensteuer, Vorsitz: Prof. .Dr. Andreas Pinkwart: Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, transparent und gerecht; 28.1.2005[Grundlage für einen entsprechenden Parteitagbeschluss der FDP im Mai 2005]
- Mitschke, Joachim: Politische Optionen der Bürgergeld-Konzeption; liberalReport, Potsdam o.J. [um 2000]
- Opielka, Michael: Ist ein Bürgergeld konservativ? In Politische Meinung 10/2006
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele - ein Weg; Bonn 1998

Rosa-Luxemburg-Stiftung November 2006